

## Ziele und Forderungen an die Niedersächsische Landespolitik

Die 74 öffentlichen Musikschulen in Niedersachsen stehen vor bisher nicht gekannten Herausforderungen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen, die seitens Politik und Gesellschaft an die Bildungseinrichtungen gerichtet werden.

Angesichts wachsender Probleme und Herausforderungen – Stichworte: *hoher Kostendruck, fehlender Berufsnachwuchs, zunehmend unattraktive Arbeitsbedingungen für Lehrpersonal, Ausbau des schulischen Ganztags, Innovationsstau und digitaler Wandel* – können wesentliche Bereiche des öffentlichen Bildungsauftrags nicht mehr erfüllt werden: *Sicherung des Berufsnachwuchses, Sicherstellung von Qualität, Angebotsbreite, Breitenarbeit und Spitzenförderung, Gewährleistung von kultureller Teilhabe, Inklusion, Integration, Zugänglichkeit und Erreichbarkeit, Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit mit Kitas und (Ganztags-)Schulen u.a.m..*

Öffentliche Musikschulen erfüllen einen Bildungsauftrag und zählen zur Daseinsvorsorge. Bundesweit soll der Betrieb öffentlicher Musikschulen in einer **Verantwortungspartnerschaft von Kommunen und Land** gesichert werden<sup>1</sup>. Viele Bundesländer haben in jüngster Zeit angesichts der Bedeutung von Musikschulen die Fördermittel für diese Bildungseinrichtungen deutlich erhöht und gesetzlich abgesichert.

In Niedersachsen schultern zu über 90 % Kommunen und Nutzer (= Eltern) die Kosten der Einrichtungen. **Der strukturelle Finanzierungsanteil des Landes beträgt lediglich ca. 1,4 % - der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei rd. 10%. Niedersachsen ist Schlusslicht in Deutschland!** Mit dem gegenwärtigen Finanzierungsanteil wird Niedersachsen seiner Verantwortung für die musikalische Bildung nicht gerecht. Kommunen und Eltern dürfen nicht noch mehr belastet werden.

Ohne zusätzliche öffentliche Unterstützung ist der Erhalt der gesamten musiksulischen Angebotsstruktur insbesondere im Bereich der **musikalischen Breitenarbeit mit Kitas und (Ganztags-)schulen** sowie hinsichtlich der Ausbildung des **künstlerischen und musikpädagogischen Berufsnachwuchses** nicht mehr leistbar. Zielführend wäre aus unserer Sicht, die Kommunen bei der Deckung der pädagogischen Personalkosten zu entlasten. Dies würde den Trägern notwendige Freiräume bei der Einrichtung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen verschaffen.

Der Landesverband niedersächsischer Musikschulen appelliert an die Landespolitik, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und die nachfolgenden Ziele in den **Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung** aufzunehmen.

1. Einrichtung eines eigenen **Haushaltstitels „Förderung der Musikschulen“**.
2. Erhöhung des **Finanzierungsanteils des Landes** durch Übernahme von mindestens **15% der Kosten für pädagogisches Personal** und Festschreibung dieses Anteils im **niedersächsischen Kulturförderungsgesetz**.
3. Bereitstellung zusätzlicher Mittel zum Ausbau des erfolgreichen **Musikalisierungsprogramms „Wir machen die Musik!“**, um allen Kindern die Chance auf kulturelle Teilhabe zu eröffnen.
4. Schaffung rechtssicherer und finanzieller Rahmenbedingungen, um die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Musikschulen und Ganztagschulen** auf eine sichere Basis zu stellen.

<sup>1</sup> Deutscher Städtetag: Leitlinien zur Musikschule